

# Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

## XVIII. Wahlperiode



### Protokoll

#### 56. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 07.04.2011  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:20 Uhr  
**Ort, Raum:** Rathaus Neukölln, Köln-Zimmer (A 104), Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin

#### Anwesende:

Finger, Jutta	SPD
Knörr, Sabine	SPD
Pohl, Manuela	SPD
Khalil, Nader	CDU
Wagner, Heinz	Grüne
Wittke, Franz	FDP
Rühlmann, Wolfgang	GRAUE
Karaaslan, Gülaysan	LINKE
Ahrens, Jens Holger	AWO Kreisverband Südost
Becker, Hans-Peter	Katholische Kirche
Heeb, Bernhard	Nachbarschaftsheim
Heinemann, Gabriele	Mädchenarbeit
Honisch, Manuel	SJD-Die Falken
Lemming, Siegfried	Diakon. Werk
Vonnekold, Gabriele	JugDez

#### Mitarbeiter der Verwaltung:

Könning, Saskia	JugDez 1
Thurley, Marion	Jug FS L

#### Gäste:

Herr/Frau Lersner	Kirchenkreis Neukölln
Herr/Frau Giehl	Casa Nostra
Hutzler, André	FiPP e.V.
Korpys, Henry	Kita Riesestraße 2
Dähmlow, Birgit	Moderatorin „Übergang Kita – GS
Babeliowsky, Hannieter	PGL Kindertagesstätten SüdOst
Potschka, Anita	EJF, KJHZ Neukölln
Titze, Birgit	NNB e.V.
Grätz, Stefan	LINKE
Winkler, Christiane	tandem BQG
Hilbig, Vanessa	Kath. Schule „Edith Stein“
Lisowski, Sebastian	Kath. Schule „Edith Stein“
Bektesi, Jasmina	Kath. Schule „Edith Stein“
Schablin, Janin	Kath. Schule „Edith Stein“

## Abwesende:

Schwarzer, Christina	CDU	entschuldigt
Gelfert, Karin	Junge HumanistInnen	entschuldigt
Haese, Axel	Human. Verband	unentschuldigt
Knoller, Elisabeth	Kinderschutzzentrum Berlin	unentschuldigt
Kohn, Ivetta	Behindertenarbeit	unentschuldigt
Meinecke, Wolfgang	Bezirksschulbeirat	entschuldigt
Petzold, Olaf	Evangelische Kirche	entschuldigt
Dr. Gallus-Jetter, Gabriele	JugDir	entschuldigt

Frau Finger begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung und stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig zugegangen ist. Sie eröffnet die 56. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Zur Tagesordnung gibt es keine Ergänzungen.

### **zu 1 Kiez AG**

Frau Winkler berichtet, dass sich die Kiez-AG Schillerstraße neu gegründet hat. Sie wird künftig berichten.

### **zu 2 Vorstellung und Anerkennung des "Erlebniszirkus e.V." als freier Träger der Jugendarbeit nach § 75 KJHG**

Herr Richter stellt die Arbeit des Erlebniszirkus e.V. vor. Seit 2006 hat der Zirkus seinen Sitz in der Gutschmidtstraße und bietet Projektwochen für Schüler der Grund- und Förderschulen und in Ferienzeiten für Kinder der Jugendfreizeiteinrichtungen. Die Nachfrage ist so groß, dass die Termine bereits für das Jahr 2015 vergeben werden. Die Kinder erarbeiten innerhalb einer Woche eine Zirkusshow und lernen dabei Körpergefühl, Selbstwertgefühl und Disziplin. Über 15.000 Kinder haben den Erlebniszirkus schon besucht.

Frau Vonnekold befürwortet die Arbeit des Erlebniszirkuses und wirbt für die Abschlussveranstaltung der Jugendfreizeiteinrichtungen am 29.04.2011 um 18.00 Uhr. Frau Finger befürwortet ebenfalls die Arbeit des Erlebniszirkuses und berichtet darüber, wie stolz die Kinder ihre Künste vorführen.

Herr Ahrens weist darauf hin, dass ein Träger, der mehr als drei Jahre in der Jugendarbeit tätig ist, einen Rechtsanspruch auf die Anerkennung als freier Träger hat und daher formal nichts gegen eine Anerkennung spricht.

Frau Finger bittet um Abstimmung:

Der Erlebniszirkus e.V. wird einstimmig bei keiner Enthaltung als freier Träger der Jugendhilfe anerkannt.

### **zu 3 Vorstellung und Anerkennung des "Netzwerk Zukunft e.V." als freier Träger der Jugendarbeit nach § 75 KJHG**

Herr Sommer ist Geschäftsführer des Netzwerk Zukunft e.V. und stellt dessen Arbeit vor. Seit 1989 fördert der Verein die wissenschaftliche und politische Bildung von Jugendlichen. Er war an Projekten wie die Neuköllner Kinderkonferenz, Kinderrechte Hörspiel CD und „Fingerzeig für den Kiez“ beteiligt und arbeitete auch mit dem Erlebniszirkus zusammen. In der Weißen Siedlung/Dammweg stellt er auch Sommerferienangebote.

Frau Vonnekold ergänzt, dass das Jugendamt seit vielen Jahren mit dem Träger gut zusammenarbeitet.

Frau Finger bittet um Abstimmung: Das Netzwerk Zukunft wird einstimmig als freier Träger der Jugendhilfe anerkannt.

### **zu 4 Diskussion zu Angeboten nach § 16 SGB VIII**

Frau Vonnekold berichtet, dass das Modell basierend auf den Erfahrungen des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg entwickelt wurde. Die Sozialstruktur des Bezirks ist mit der Neuköllner ver-

gleichbar. Ziel bei der Erarbeitung des Papiers war es, nicht den schwierigsten Brennpunkt als Basis anzunehmen, da die Ergebnisse für eine berlinweite Berechnungsgrundlage gelten sollen.

Die Ergebnisse werden mit der sozialräumlichen Entwicklungstendenz gewichtet und gleichen die sozialen Unterschiede innerhalb Berlins noch einmal aus. Das Optimalmodell sieht für die präventive Arbeit 40 Mio. Euro vor. Hierbei ist der erste Eindruck erschreckend, jedoch entsprechen diese der jährlichen Steigerung im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Berlin.

Die Gegenfinanzierung in Friedrichshain-Kreuzberg basiert auf der politischen Entscheidung, alle verfügbaren Mittel in der Prävention zu bündeln. Unterstützungsleistungen für über 12-Jährige sowie Jugendberufshilfen und Schulschwänzerprojekte dienen der Querfinanzierung. Begründet wird dieses Vorgehen mit dem hohen Wirkungsgrad eines „frühen Euros“. Ähnliche Maßnahmen in Neukölln durchzusetzen, widerstrebt Frau Vonnekold, da sie die Erfolge einer gut vernetzten Jugendberufshilfe und einer gezielten Schulschwänzerförderung schätzt. Hier hat Neukölln über die Jahre eine in Berlin einmalige Struktur aufgebaut.

Das Papier ist berlinweit bekannt gemacht worden und den zuständigen Senatsfachverwaltungen zugegangen, auch der Senatsfinanzverwaltung. Frau Vonnekold ist sich sicher, dass sich die Investitionen in die Prävention durch Einsparungen bei den HzE gegenfinanzieren lassen, allerdings erst nach 4 bis 5 Jahren.

Herr Ahrens warnt davor, Hilfen mit Rechtsanspruch zugunsten der Prävention zu opfern. Prävention ist wichtig, jedoch scheint ihm der Weg von Friedrichshain-Kreuzberg zu abenteuerlich. Fakt sei, dass der § 16 in Berlin unterfinanziert ist. Die 40 Mio. Euro stellen einen hochgerechneten Ansatz dar, aber die Gelder können schrittweise eingestellt werden. Jedoch müssten die Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen ein solches Konzept in Neukölln zum Tragen kommen kann, klar benannt werden, auch die Zeiträume und Größenordnungen.

Herr Heeb berichtet aus der Praxis, dass besonders frühe Hilfeleistungen gut wirken, da junge Familien wesentlich empfänglicher dafür sind als Familien, wo sich die Strukturen bereits verfestigt haben. Er wünscht sich vom JHA ein klares Votum.

Auf Nachfrage von Frau Knörr informiert Frau Vonnekold, dass die Debatte nicht allein im Bezirk geführt werden kann, sondern ins Abgeordnetenhaus getragen werden muss. Die Finanzstadträte haben keinen Handlungsspielraum, die Mittel bezirksintern umzuschichten. Im aktuellen Haushalt sind 7 Mio. Euro für die Prävention eingestellt, einen Aufwuchs auf 40 Mio. Euro können die Bezirke nicht leisten.

Im Papier wird auch nicht sofort ein flächendeckender Einsatz gefordert, vielmehr sollen die notwendigen Mittel in den nächsten Jahren innerhalb des Landeshaushalts umgeschichtet werden. Frau Vonnekold möchte nicht eine präventive Maßnahme gegen eine andere aufrechnen müssen, da die finanziellen Kapazitäten in den Bezirken erschöpft sind.

Die Stadt muss sich eindeutig zum Präventionsgedanken positionieren, um weitere Steigerungen der HzE-Mittel zu vermeiden und den sozialen Frieden zu gewährleisten. Bereits jetzt steigen die HzE-Kosten jedes Jahr und das Jugendamt agiert eher als Reparaturbetrieb. Allein im Haushalt 2010/2011 erhielt Neukölln eine Nachbudgetierung in den HzE von 3,8 Mio. Euro. Diese Entwicklung ist gesellschaftlich nicht sinnvoll und teuer. Frau Vonnekold bittet darum, das Thema mit in den Wahlkampf zu nehmen und die Debatte in andere Kreise weiterzutragen.

Herr Khalil sieht es als notwendig an, nicht nur inhaltlich zu diskutieren, sondern auch die Finanzierung zu klären. Einen harten Schnitt wie in Friedrichshain-Kreuzberg sieht er in Neukölln problematisch. Herr Wagner entgegnet, dass die Debatte über das Geld den falschen Ansatz darstellt. Wenn das Konzept richtig ist, müssen Wege der Finanzierung gefunden werden. Es muss klar sein, dass über einen begrenzten Zeitraum hinweg doppelt finanziert werden muss, da die Einsparungen nicht sofort greifen.

Herr Lemming berichtet von einer 5-jährigen Saarlandstudie. Im Ergebnis konnte bei den Heimunterbringungskosten ein dreistelliger Millionenbetrag eingespart werden, weil vorab stark investiert wurde. An dieser Stelle sollte betriebswirtschaftlich gedacht und die Frage gestellt werden, was es in 5 Jahren bringt. Er begrüßt das Konzept und fordert den JHA auf, es zu unterstützen und dem LJHA und den Senatsverwaltungen hochreichen. Prävention diene als Kostenbremse, die Effekte sehe man auch bei den Stadtteilmüttern. Fehlende Investitionen schaffen Zustände wie bei der Berliner S-Bahn.

Er rechnet ein Finanzierungsmodell für 40 Mio. Euro allein aus den HzE vor: 40 Mio. Euro entsprechen ca. 183 stationären Unterbringungen. Auf Neukölln entfielen damit 15 vermiedene Unterbringungen in 5 Jahren (Tagessatz von 120,00 Euro x 365 Tage x 5 Jahre).

Herr Wittke weist auf die verfassungsmäßige Schuldenbremse. Zudem prüft Bayern die Zahlungen in den Strukturausgleich. Die Finanzierung darf nicht zu einer weiteren Kreditaufnahme im Landeshaushalt führen. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise wurden alle Kosten hochgeschraubt und nun hat man einen verfassungswidrigen Haushalt.

Frau Pohl vermisst die Signale der Bezirke, sich selbst anzustrengen und nicht nur Geld haben zu wollen. Sie möchte klare Ansagen, was Neukölln bereit ist zu tun, um dieses Projekt anzuschieben. Jeder Bezirk soll dazu ein Konzept entwickeln.

Herr Rühlmann begrüßt das Konzept. Er sei ein Verfechter der Prävention, denn nachträglich fallen auch Kosten in den Bereichen Justiz und Soziales an – die gesamtgesellschaftlichen Kosten müssen berücksichtigt werden. Ggf. sollte privates Sponsoring geprüft werden. Frau Vonnekold gibt zu bedenken, dass Sponsoring zwar grundsätzlich möglich ist, aber für Prävention doch eine nachhaltige Finanzierung gefunden werden muss.

Frau Thurley informiert, dass Neukölln in Sachen Prävention nicht bei Null anfängt. Bereits jetzt existieren schon Projekte, die nach § 16 SGB VIII finanziert werden. Gern können diese im Ausschuss vorgestellt werden. Der Bezirk hat dringenden Bedarf, darüber hinaus weitere Präventionsprojekte umzusetzen.

Herr Ahrens hat folgenden Beschlussentwurf gefertigt:

*"Der Jugendhilfeausschuss begrüßt grundsätzlich das Papier der AGBöJ zum § 16 SGB VIII. Er fordert das Jugendamt auf, vor der Sommerpause ein Konzept vorzulegen, unter welchen Bedingungen die Forderungen aus dem Papier in Neukölln umgesetzt werden können."*

Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Frau Vonnekold nimmt den Auftrag mit, ein entsprechendes Konzept vorzustellen, zusammen mit einer Kostenschätzung, den erwarteten Effekten und welche Bevölkerungsgruppe davon profitieren wird. Finanzierungsvorschläge kann sie jedoch nicht geben, da noch keine Zahlen für den nächsten Haushalt vorliegen.

#### **zu 5 Kita Riesestraße durch freien Träger betreiben lassen Drucksache: 1511/XVIII**

Frau Finger berichtet, dass das Thema in der BVV ausführlich diskutiert wurde, die SPD nimmt den Antrag daher zurück.

Herr Lemming fragt, seit wann der Eigentümer nicht mehr über sein Eigentum bestimmen dürfe. Darauf informiert Frau Vonnekold, dass es keine kommunalen Kitas mehr gibt und damals ein Landesbetrieb gegründet wurde. Für den hat sie lediglich den Vorsitz im Verwaltungsrat.

#### **zu 6 Hortplätze Drucksache: 1654/XVIII**

Frau Karaaslan berichtet, dass immer wieder Eltern in der Geschäftsstelle vorsprechen, die keinen Hortplatz bekommen, obwohl ihre Kinder Lern- und Sprachschwierigkeiten haben.

Darauf antwortet Frau Vonnekold, dass es Kriterien bei der Vergabe von Hortplätzen gibt. Eine grundsätzliche Ablehnung ist nicht Praxis des Hauses, allerdings müssen die Anträge konkret begründet werden. Einige Eltern haben Schwierigkeiten, im Antrag anzugeben, dass ihre Kinder Sprachschwierigkeiten haben oder entwicklungsverzögert sind, auch begründen Lehrer die Bedarfe häufig nicht individuell. Dies ist aber Grundlage für eine positive Entscheidung.

Der Antrag wird mit 1 Zustimmung, 9 Ablehnungen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

## zu 7 **Kostenloses Singen?** **Drucksache: 1717/XVIII**

Herr Khalil bittet darum, den Antrag zurückzustellen.

## zu 8 **Mitteilungen**

### Mitteilungen der Verwaltung:

- Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket sind ins Netz gestellt und die Elternmerkblätter werden an die Mitglieder des JHA verteilt. Die Anträge sind zügig zu stellen, die Ansprüche ab 01.01. können noch bis zum 30.4.2011 geltend gemacht werden. Zuständig sind die entsprechenden Leistungsbehörden JobCenter, Sozialamt und Wohnungsamt. Wer durch das Bildungs- und Teilhabepaket nun bedarfsberechtigt wird, muss jedoch einen kompletten Neuantrag stellen.
- Das Jugendamt ist zuständig für die Zuschüsse zum Mittagessen an Kitas und die eintägigen Kita-Ausflüge. Die Abrechnung erfolgt direkt mit dem Träger, der entsprechende Listen erstellen und pro Quartal abrechnen muss. Hierbei ist nicht die Lage der Einrichtung für die Zuständigkeit maßgeblich, sondern der Hauptsitz des Trägers. Die Berechtigten haben ihre Bedürftigkeit dem Träger nachzuweisen. Eine IT-Unterstützung für die Abrechnung und Kontrolle der Listen – besonders die nicht Neuköllner Kinder- gibt es zurzeit nicht.
- Die Fälle von Mobbing und Drohungen im Internet zeigen Folgen: Die pädagogische Arbeit in den zwölf Berliner Medienkompetenzzentren des Landesprogramms "Jugendnetz-Berlin" wird in den nächsten zwei Jahren durch das Land Berlin, den Europäischen Sozialfonds, mehrere Stiftungen und die Medienanstalt Berlin-Brandenburg mit insgesamt 1,9 Millionen Euro unterstützt.
- Schwerpunkte des Landesprogramms "Jugendnetz Berlin" sind die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen und die medienpädagogische Weiterbildung von Pädagogen von Kindertagesstätten, Schulen und der Jugendarbeit. Ein wichtiger Aspekt dabei ist der sichere Umgang mit dem Internet.
- Das Programm existiert bereits seit zehn Jahren und die Arbeit findet hauptsächlich in den Medienkompetenzzentren aller zwölf Berliner Bezirke statt. Weitere Informationen zum Förderprogramm des Landes unter: [www.jugendnetz-berlin.de](http://www.jugendnetz-berlin.de)
- Der neue Bericht Sozialstruktur und Kindergesundheit – Ein Atlas für Berlin auf Basis der Einschulungsuntersuchungen 2007/2008 kann als PDF-Datei auf den Webseiten der Senatsverwaltung heruntergeladen werden (<http://www.berlin.de/sen/statistik/gessoz/gesundheit/spezial.html> ).  
In dem Bericht werden mit faktoranalytischer Methodik wesentliche Dimensionen der Lebenslagen von Kindern und ihren Familien identifiziert. Der bisherige soziale Schichtindex wird fundiert überarbeitet und in einen neuen Sozialstatusindex überführt, der für künftige Auswertungen von Einschulungsdaten Anwendung findet. Der Zusammenhang von sozialer und gesundheitlicher Lage zeigt sich auch in kleinräumigen Auswertungen zu Sozial- und Gesundheitsmerkmalen auf der Ebene der Prognoseräume im System der lebensweltlich orientierten Räume (LOR).
- Nach dem Sommermärchen 2006 wollen dieses Jahr auch die deutschen Fußballfrauen Sportgeschichte schreiben und zum dritten Mal in Folge Weltmeisterinnen werden - und das im eigenen Land. Von 26. Juni bis 17. Juli findet die FIFA Frauenfußball Weltmeisterschaft statt und dieses Ereignis wollen das Mädchenfußballteam "Ghetto GirlZ" und das Nachbarschaftsheim Neukölln zum Anlass nehmen, um ein eigenes kleines Mädchenfußballturnier auszutragen. Stattfinden soll es am 26. Juni von voraussichtlich 12 bis 17 Uhr mit anschließenden Public Viewing des Eröffnungsspiels Deutschland gegen Kanada.  
  
Das Turnier für Mädchen zwischen 8 und 13 Jahren soll auch zum Anlass genommen werden, um Kontakte zu anderen Freizeiteinrichtungen in Neukölln und umliegende Bezirke zu erhalten, die Mädchenfußball anbieten oder anbieten wollen. Denkbar wären weitere Turniere, Freundschaftsspiele oder sogar eine eigene Mädchenliga aufzubauen. Sozusagen der Aufbau eines Netzwerkes für Mädchenfußball auf Nicht-Vereinsebene. Interessenten können sich bei Frau Gaffron im Nachbarschaftsheim melden.
- Am 8. April 2011 findet das Finale des Stadtteilwettbewerbs „ecopolicyade Neukölln“ mit anschließender Podiumsdiskussion statt. Über ein halbes Jahr lang haben sich Jugendliche aus Neuköllner Schulen und Jugendeinrichtungen mit der Computersimulation ecopolicy auseinandergesetzt und sich dabei mit dem vernetzten und systemischen Denken vertraut gemacht. Beim Finale der „ecopolicyade Neukölln“ wird ihnen nun die Gelegenheit geben, ihre erlernten Fähigkeiten unter Beweis zu stellen und gegeneinander anzutreten. Die Veranstaltung, organisiert vom Bezirksamt Neukölln in Kooperation mit der Bürgerstiftung Neu-

köln, malik Management und dem ecopolicyade-Büro, findet am 8. April von 10:00-13:00 Uhr im BVV-Saal des Rathauses Neukölln statt.

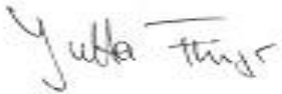
Weitere Mitteilungen:

- Wie von Jugendhilfeausschuss gewünscht, berichten Frau Babeliowsky und Frau Dähmlow kurz zum aktuellen Sachstand in der Kita Riesestraße. Seit Februar 2011 arbeiten Lehrer und Erzieher anhand des Berliner Bildungsprogramms konkret die Zusammenarbeit aus. Sowohl die Schule als auch die Kita sind an einem offenen Austausch und eine gute Überleitung der Kinder an die Herman-Nohl-Schule interessiert.
- Herr Ahrens berichtet, dass der Hauptausschuss beschlossen hat, dass die Übertragung des Kita-Grundstücks Wesenberger Ring stattfinden darf. Unerwarteter Protest kam aus der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, welche von Verschleuderung von Volksvermögen sprach. Er gibt hierbei zu bedenken, dass ein erheblicher Investitionsrückstau in den Einrichtungen herrscht. Die Träger nehmen erhebliche Kredite auf, um diesen zu beheben. Zudem besteht eine Auffassung im berlineinheitlichen Vertrag, dass bei Verkauf des Grundstücks die Differenz an das Land Berlin abgeführt werden muss. Die Liga hat dazu einen entsprechenden Brief verfasst.

**zu 9 Nächste Sitzung**

Als nächster Termin wird der 19.05.2011 vereinbart.

Berlin-Neukölln, 23.5.2011



Jutta Finger  
Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses

Saskia Könning, Protokollführerin